

# Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Samstag, 1. April 2017 - Nr. 78 / 13 R 1

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HOLGER STELTZNER

2,90 € D 2955 A F.A.Z. im Internet: faz.net

## Von der Leyen warnt vor „Sonderweg“

now. BRÜSSEL, 31. März. Außenminister Sigmar Gabriel hat am Freitag beim Treffen mit seinen Nato-Amtskollegen abermals der Forderung der Allianz nach einer drastischen Erhöhung der Militärausgaben widersprochen. Unter Bezug auf das 2014 in Wales vereinbarte Ziel, dass sich die Militärausgaben innerhalb eines Jahrzehnts auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung „bewegen“ sollen, sagte der SPD-Politiker, er halte die Vorstellung für „absurd“, in einigen Jahren mehr als 70 Milliarden Euro jährlich in die Bundeswehr zu investieren. In Berlin wandte sich Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) gegen die Haltung Gabriels. Sie warnte vor einem „deutschen Sonderweg“ und sagte: „Die anderen strengen sich an, wir halten uns zurück. So funktioniert die Allianz nicht.“ Zuvor hatte der amerikanische Außenminister Rex Tillerson die Forderung Washingtons an die Verbündeten bekräftigt, bis Jahresende konkrete Pläne zur Erfüllung der Vorgaben von Wales vorzulegen. Scharf kritisierte Tillerson Russlands Vorgehen im Ukraine-Konflikt. „Wir akzeptieren nicht die russischen Anstrengungen zur Veränderung der Grenzen des Territoriums der Ukraine und werden dies auch künftig nicht tun“, sagte Tillerson. (Siehe Seite 2.)

## Kinder, wie die Zeit vergeht



Mainhattan – Eigentlich hätten hier vor zehn Jahren die Lichter ausgehen müssen. Was sollte auch sonst in einer Bankenstadt wie Frankfurt passieren, wenn die Finanzkrise kommt? Doch Frankfurt hat Stehvermögen. 1949 war es fast schon Bundeshauptstadt, 1992 so gut wie deutscher Fußball-

meister. Jedes Jahr 15 000 zusätzliche Einwohner wollen diese unerschütterliche Stadt aus der Nähe erleben. Schon Goethe fiel keine liebere Stadt ein. Was diesen mächtigen Magnet an Main ausmacht, steht auf Seite 21, ob der nächste Härtestest bevorsteht, auf Seite 22.

Foto dpa

## Hoffnungslos in Caracas

Von Daniel Deckers

Die Entmachtung des venezolanischen Parlaments, die Aufhebung der Immunität aller Abgeordneten und die Übertragung weiterer Sondervollmachten auf Präsident Nicolás Maduro – das alles ist ein großer Schritt in Richtung Diktatur. Aber es ist nicht der erste. Schon unter Maduros Vorgänger, dem ebenso charismatischen wie skrupellosen Hugo Chávez, war die verfassungsmäßige Ordnung im Namen der „bolivarischen Revolution“ Stück um Stück außer Kraft gesetzt worden. Die breite Masse der Venezolaner nahm daran ebenso wenig Anstoß wie die Mehrzahl der Regierungen Mittel- und Südamerikas. Dank eines hohen Ölpreises konnte sich Chávez nicht nur den Jubel der Armen erkaufen, die von den traditionellen Eliten und deren Parteien ignoriert wurden. Von Kuba unterstützt, exportierte er den Linkspopulismus in zahlreiche kleinere Länder der Region. In Kolumbien schürte er den Terror, in Brasilien und Argentinien ließen sich die Kirchner, Lulas und Rousseffs nur zu gerne mit Geld und Aufträgen aus dem notorisch unproduktiven Venezuela bei Laune halten.

Doch Chávez ist tot, der Ölpreis niedrig, die Wirtschaft zusammengebrochen, die Kriminalitäts- und die Inflationsrate so hoch wie nirgends sonst in Lateinamerika. Seit Jahren fehlt es nicht nur an Gütern des täglichen Bedarfs. Mittlerweile gibt es außer auf dem Schwarzmarkt kaum noch Grundnahrungsmittel zu kaufen. Ein Ausweg aus dieser Not ist nicht in Sicht.

Die Hoffnung der rechtmäßig gewählten, aber machtlosen Opposition, das Militär möge auf den Staatsstreich von oben mit einem Putsch reagieren, dürfte kaum in Erfüllung gehen. Wie auf Kuba, so besetzt das Militär auch in Venezuela fast alle Schlüsselstellungen in Politik und Wirtschaft. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) hat weder die Autorität noch die Mittel, um auf die Wiederherstellung der Demokratie zu dringen. Der Schlüssel dazu liegt erst recht nicht im schon unter Obama verhassten Washington oder bei den UN in New York, sondern in Havanna. Solange aber Castro seinen Spießgesellen in Caracas nicht fallenlässt, wächst mit jedem Tag die Gefahr eines Volksaufstands. Der ginge unweigerlich mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen einher. Wie im 20. Jahrhundert, so frisst auch der Sozialismus des 21. Jahrhunderts seine Kinder.

## Wo bleibt der Mut?

Von Heike Schmolz

Der „Professor“ kam zu seinem Namen, weil man von ihm erwarten konnte, dass er sich nicht nur auf sein Fach versteht, sondern es auch in völliger Unbefangenheit in der Öffentlichkeit vertritt. Inzwischen wird man fragen müssen, was aus der lateinischen „professio“, dem Bekenntnis und der öffentlichen Äußerung, geworden ist. Denn nichts wird dem Berufsstand des verbeamteten und deshalb freien Hochschullehrers derzeit weniger zugezählt als der mutige Gebrauch der freimütigen Rede. Immer seltener macht er – Ausnahmen bestätigen die Regel – von diesem Vorrecht Gebrauch.

Brauchsmaßnahmen nach allen Seiten sind üblich geworden: ängstliches Schielen auf Kollegen, Mitarbeiter, Studenten, auf die Hochschulleitung oder jene Instanzen, die an Hochschulen für „Genderterror“ und Sprachzwänge verantwortlich zeichnen. Dabei könnte kaum jemand von seiner Rede- und Denkfreiheit großzügiger Gebrauch machen als Wissenschaftler an Universitäten und deren Leitungen. Ihre Arbeit ist geschützt durch das Recht auf Wissenschaftsfreiheit, das nicht nur Lehrende und Leitende, sondern auch Forscher im Mittelbau umschließt. Die Wissenschaftsfreiheit bewahrt sie vor jeder Form von Konformitätszwängen durch Hochschulleitungen, Rektoren und Präsidenten haben die Pflicht, auch unbehaglichen Wissenschaftlern Freiräume zu sichern und sich als Dienstherren schützend vor sie zu stellen, wenn sie innerhalb und außerhalb der Universität verleumdend und zu Unrecht angegriffen werden.

Doch davon sind viele Universitätspräsidenten und -rektorate weit entfernt. Ihre Stärkung in Hochschulgesetzen und das neomodische Gerede von guter „Governance“ und strategischer Führung – beides keine unwesentlichen Kriterien bei der Gesamtbeurteilung einer Universität innerhalb der Exzellenzinitiative – haben Freiräume nicht vergrößert, sondern verengt. Längst haben Präsidenten und Rektoren Zensurscheren in ihren Köpfen, die sie im Vier-Augen-Gespräch zu solch fragwürdigen Äußerungen bringen wie: „Ich kann das ja nicht sagen.“ Warum eigentlich nicht? Weil dann die eigene Wiederwahl gefährdet sein könnte, weil irgendeine Statusgruppe der Universität keinen Gefallen daran findet? Weil dann ein Shitstorm auf irgendeinem obskuren Internetportal über die eigene Institution hereinzubrechen droht? Oder weil das Ministerium die Ohren spitzt?

Wenn Hochschulleitungen nicht mutig für die Wissenschaftsfreiheit kämpfen, können sie das auch nicht von ihren Professoren erwarten. Besonders übel wird es dann, wenn Rektoren die Macht der Präsidentschaftsverfassung dazu missbrauchen, Professoren zu disziplinieren, weil sie sich in der Öffentlichkeit in missliebiger Weise geäußert oder die eigene Institution kritisiert ha-

ben. Auch das ist in der jüngsten Vergangenheit selbst an Universitäten vorgekommen, die eine Exzellenzplakette vor sich hertragen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts dazu ist eindeutig: „Wissenschaft ist ein grundsätzlich von Fremdbestimmung freier Bereich autonomer Verantwortung.“ Wissenschaftliche Entscheidungen seien allein der Wissenschaft selbst überlassen. Der Staat kann den Rahmen dafür garantieren, aber er darf nie zum Hauptakteur der Wissenschaftsfreiheit stilisiert werden. Das hat seinerzeit schon Wilhelm von Humboldt erkannt, dessen autonome Universität nie Wirklichkeit wurde. Nirgendwo sollten sich unkonventionelle Einsichten, die sich jenseits der ausgetretenen Pfade der Forschung ergeben, besser

Das hohe Gut der Wissenschaftsfreiheit treten Universitäten viel zu oft mit Füßen.

entfalten können als in den Universitäten. Das setzt allerdings voraus, dass auch Fakultäten konkurrierende Meinungen aushalten und respektieren. Doch an die Stelle der argumentativen Gegenrede ist nicht selten der Debatteauschluss getreten.

Bedauerlicherweise haben es sich viele Professoren längst angewöhnt, für die Wissenschaftsfreiheit einzustehen und sie täglich zu erkämpfen. Die meisten scheuen nicht nur politische Konflikte innerhalb der eigenen Universität, sie meiden auch den wissenschaftlichen Streit. Wenn an Universitäten debattiert wird, dann häufig nicht über die fachlichen Streitfragen. Ganz im Gegenteil, mit Kritik an den eigenen wissenschaftlichen Thesen wird sich häufig nicht auseinandergesetzt. Man bedankt sich beim Kollegen für den Einwand und sagt: „Darüber muss ich nachdenken.“ Oft genug wird nur noch über eines leidenschaftlich gestritten: über das Geld.

Für das Überleben der freien Wissenschaft ist das fatal, gerade in Zeiten des Populismus und der einfachen Wahrheiten, in denen es nur ein kleiner Schritt von der „Lügenpresse“ zur „Lügenwissenschaft“ ist. Trump und Erdogan sind die Protagonisten für einen solchen Umgang mit politisch unliebsamen wissenschaftlichen Erkenntnissen, wie das Beispiel der Klimaforschung in den Vereinigten Staaten zeigt. Wenn Wissenschaftler nicht selbst entschlossener und mutiger für ihre Wissenschaftsfreiheit eintreten, korrumpieren sie durch Selbstzensur jene Wissenschaftsfreiheit, die in Zeiten des Populismus und der Fake News überlebenswichtig ist. Sie setzen damit ihre eigene Existenz und die berechtigten Erwartungen der Gesellschaft an ihre privilegierte Position aufs Spiel. Mit Feigheit hat noch nie jemand einen Nobelpreis gewonnen.

## Heute

### Ohne Schützenhilfe

Die Journalistin Petra Reski recherchiert seit vielen Jahren über die Mafia. Das kann gefährlich werden. **Feuilleton, Seite 11**

### Wie hältst du's mit Putin?

Macron klagt im französischen Wahlkampf über Einmischung aus Moskau, andere können nicht genug der Nähe haben. **Politik, Seite 7**

### Drogenkrieg am Computer

Das Spiel „Ghost Recon: Wildlands“ entwirft ein Bolivien, das der Mafia gehört. Das stört die echte Regierung. **Medien, Seite 16**

### Kein Abschlussbericht

Zum Dieselskandal bei VW wird es keinen Abschlussbericht geben. Interview mit Aufsichtsrat Hans Dieter Pötsch. **Wirtschaft, Seite 28**

### In Gelb und in Grau

Das Leben der Thuraus ist eine Radsport-Saga – und eine komplizierte Familiengeschichte. **Sport, Seite 36**

### 1000 Mülleimer

Die Stadt Frankfurt will etwas gegen Müll und Dreck in den Grünanlagen und auf den Plätzen tun. **Rhein-Main-Zeitung, Seite 38**

Briefe an die Herausgeber Seite 8

## Gabriel: Amerika will eigene Industrie schützen

rike/wvp. BERLIN/WASHINGTON, 31. März. Außenminister Gabriel (SPD) wirft Washington im Streit über Dumpingvorwürfe und Strafzölle gegen deutsche Stahlhersteller vor, die amerikanische Industrie schützen zu wollen, „indem man die bessere deutsche Stahlindustrie benachteiligt“. Die Regierung von Präsident Trump habe „WTO-widrige Berechnungsmethoden“ angewandt, um ausländischen Wettbewerbern zu schaden. Gabriel forderte die EU auf, eine WTO-Klage zu prüfen. (Siehe Wirtschaft, Seite 19.)

## Tusk: In den Verhandlungen mit London geht es um Schadensbegrenzung

EU-Ratspräsident legt Leitlinien vor / „Keine parallelen Gespräche zu allen Themen“

now./theu. BRÜSSEL/LONDON, 31. März. Die Verhandlungen über den EU-Austritt Großbritanniens werden voraussichtlich Ende Mai beginnen. Sollte es bis Herbst „ausreichende Fortschritte“ in den Gesprächen zu den Rechten der Bürger, zu EU-Haushaltsfragen sowie zur Landgrenze zwischen der Republik Irland und Nordirland geben, dann könnten auch Verhandlungen über die Ausgestaltung des künftigen Verhältnisses zum „Drittstaat“ Britanniens beginnen, erklärte am Freitag ein ranghoher EU-Beamter. Zuvor hatte EU-Ratspräsident Donald Tusk den 27 EU-Mitgliedstaaten Vorschläge zu Leitlinien für die Gespräche mit London übermittelt. „In diesen Verhandlungen wird die EU geeint auftreten“, heißt es in dem Entwurf. Ihn sollen die Staats- und

Regierungschefs der 27 Partnerländer gutheißen, ehe am 22. Mai ein präziser Verhandlungsauftrag an die EU-Kommission ergeht.

„Es geht um Schadensbegrenzung“, sagte Tusk am Freitag. Eindringlich forderte er, sich zunächst um eine Klärung der Rechte der in Großbritannien lebenden EU-Bürger und der in den 27 Staaten wohnenden Briten sowie um die Lösung der Finanzfragen zu bemühen. Es gelte zudem, durch „flexible und kreative Lösungen“ die Grenze in Irland möglichst offen zu halten. Erst danach könne über den Rahmen der Beziehungen zum Nichtmitglied Großbritannien gesprochen werden. „Dass parallele Gespräche zu allen Themen zur selben Zeit beginnen könnten, wie manch einer in Großbritannien

angeregt hat, wird nicht geschehen“, sagte Tusk.

Die Regierung in London reagierte am Freitag zurückhaltend auf das Tusk-Papier: „Dies ist ein Entwurf für die Verhandlungslinie“, sagte ein Sprecher. „Es ist klar, dass beide Seiten die Gespräche konstruktiv angehen wollen.“ Oppositionspolitiker in London sagten dagegen, bereits zwei Tage nachdem die britische Premierministerin Theresa May den Austritt in Brüssel angemeldet habe, erwiesen sich die Brexit-Pläne der Regierung als „Luftschloss“. Die schottische Regierungschefin Nicola Sturgeon hat unterdessen am Freitag in einem Brief an May formelle Gespräche über ein weiteres schottisches Unabhängigkeitsreferendum beantragt. (Siehe Seiten 2 und 8.)

## Universität solidarisiert sich mit Historiker Baberowski

HU nimmt Professor gegen Troztkisten in Schutz / Persönliche Angriffe „inakzeptabel“

oll. BERLIN, 31. März. Nach langem Schweigen hat die Humboldt-Universität zu Berlin (HU) eine Solidaritätserklärung für den Osteuropa-Historiker Jörg Baberowski abgegeben, der seit Jahren von einer trotzkistischen Vereinigung innerhalb der Universität angegriffen wird. „Gewalt und Extremismus haben keinen Platz“ an der HU, die fortgesetzten medialen und persönlichen Angriffe auf Mitglieder der HU „sind inakzeptabel“, heißt es in der Stellungnahme. In einem anderen Fall seien diese auch schon auf Antrag der HU vom Amtsgericht Tiergarten strafrechtlich geahndet worden. Die Universität sei ein Ort „freien und unabhängigen wissenschaftlichen Austausches“. Man werde es nicht dulden, „wenn gegen elementare menschliche

und demokratische Grundsätze“ verstoßen werde.

Baberowski sei ein „hervorragender Wissenschaftler“, dessen Integrität außer Zweifel stehe und der in der wissenschaftlichen Gemeinschaft hohes Ansehen genieße. Seine in öffentlichen Debatten vertretenen Positionen seien durchaus kontrovers. Diese als „rechtsradikal“ zu bezeichnen, wie das der Allgemeine Studierendenausschuss (Asta) der Universität Bremen getan hätte, „mag durch die Meinungsfreiheit gedeckt sein“. Jedoch seien die wissenschaftlichen Äußerungen von Baberowski insbesondere in ihren Kontexten „nicht rechtsradikal“.

In seiner Entscheidung vom 15. März dieses Jahres hatte das Landgericht Köln festgestellt, dass der Asta in Bremen Baberowski Zitate so sinntstellend und verfälschend wiedergegeben hat, dass dessen Persönlichkeitsrecht verletzt wurde. Darüber hinaus hatte das Gericht festgehalten, dass der Vorwurf des Asta weiter erhoben werden dürfe, dass der Osteuropa-Forscher „rechtsradikale Positionen“ vertrete, da dieser von der grundgesetzlich gesicherten Meinungsfreiheit gedeckt sei – ganz gleich, ob „eine solche Bewertung zu treffend oder falsch, einseitig oder ausgewogen, fair oder unangemessen o. ä. ist“. Das Beispiel zeige, dass Äußerungen im Rahmen wissenschaftlicher Diskussionen in die jeweiligen Kontexte gestellt werden sollten, um im Sinne wissenschaftlicher Redlichkeit eine angemessene, auch kontroverse Diskussion führen zu können, heißt es in der Erklärung der HU.

## „NRW beantragte keine Aktenfreigabe zu Amri“

reb. DÜSSELDORF, 31. März. Das nordrhein-westfälische Landeskriminalamt (LKA) hat im Fall des Berlin-Attentäters Anis Amri bei der Bundesanwaltschaft „nie einen Antrag auf Aktenfreigabe gestellt“. Das sagte Generalbundesanwalt Peter Frank am Freitag im Düsseldorf Amri-Untersuchungsausschuss. Frank wies damit die Darstellung des Sonderermittlers der Landesregierung zurück, die Bundesanwaltschaft habe Erkenntnisse aus einem von ihr geführten Terrorermittlungsverfahren des nordrhein-westfälischen LKA nicht freigegeben. Frank sagte, zwar müsse behutsam mit sensiblen Daten umgegangen werden, doch „grundsätzlich sind wir immer bereit, Akten freizugeben“. (Siehe Seite 3.)

## Wien kündigt Klage gegen Maut an

lów. WIEN, 31. März. Österreich will „relativ zeitnah“ gegen die deutsche Autobahnmaut für Kraftfahrzeuge, die am Freitag vom Bundesrat beschlossen worden ist, beim Europäischen Gerichtshof klagen. „Diese Maut ist mit europäischem Recht nicht vereinbar. Es ist eine indirekte Diskriminierung aufgrund der Staatszugehörigkeit“, sagte Verkehrsminister Jörg Leichtfried in Wien. Der SPÖ-Politiker kritisierte den „faulen Kompromiss“ der EU-Kommission mit Deutschland. Es entstehe der Eindruck, „dass sich die großen Staaten zu Lasten der kleinen Staaten etwas richten können“. Sobald die Kommission wie angekündigt das Vertragsverletzungsverfahren einstelle, werde Österreich die Klage einreichen. (Siehe Wirtschaft, Seite 19.)

## Strengere Prüfungen für Medizinstudenten

ami. BERLIN, 31. März. Bund und Länder haben eine Reform des Medizinstudiums verabredet. Kern des „Masterplans Medizinstudium 2020“ solle eine Verbesserung der allgemeinmedizinischen Ausbildung sein, teilten Gesundheitsminister Hermann Gröhe, Wissenschaftsministerin Johanna Wanka (beide CDU) und die Gesundheits- und Kultusminister der Länder mit. Die Reform sieht neue Studieninhalte, strengere Prüfungen und mehr Praxiserfahrung bei niedergelassenen Ärzten vor. Mitte März war eine Einigung noch gescheitert. Mehr Geld soll die Reform nicht kosten. Auch den von der Bundesärztekammer verlangten Ausbau der Studienplätze wird es nicht geben. (Siehe Wirtschaft, Seite 19; Kommentar Seite 8.)

